



KOMMENTAR

Wir sind SPITZE

Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen auf den Dienststellen offenbaren schnell: Die Frustration erreicht Spitzenwerte. Die Polizei gewährleistet zwar die öffentliche Sicherheit und Ordnung, aber wirklich erfolgreiche Polizeiarbeit findet kaum noch statt. Insbesondere in den Flächendienststellen ist man aufgrund der weiten Wege kaum noch in der Lage, präventiv Streife zu fahren. Wenn man zeitgleich einen Gewaltnotruf, einen Unfall mit Verletzten und einen Einbruchalarm bekommt, kann man sich nur noch entscheiden, wen lässt man warten.

Zunehmend Trümmer

Wartezeiten von mehr als einer Stunde sind daher nicht mehr ungewöhnlich. Und die Beschwerden bekommen die Kollegen vor Ort fast handgreiflich zu spüren.

Wer dann noch (Be-)Förderungen, Lob oder Anerkennung erwartet, kann lange warten. Von einem Traumberuf bleiben zunehmend Trümmer.

Panikmache?

Die Warnungen der GdP an politische Entscheidungsträger werden immer wieder als Panikmache zurückgewiesen. Wir, als die Gewerkschaft der Polizei, haben uns deshalb entschlossen, im Rahmen einer Kampagne aktiv für mehr Polizei bei der BEVÖLKERUNG zu werben. Unter dem Motto „Wir-brauchen-Verstärkung.info“ finden landesweit Aktionen statt. Dabei haben wir ganz bewusst entschieden, vor allem die hohe Zahl von Wohnungseinbrüchen, Fahrzeugdiebstählen und Internetkriminalität zu thematisieren. Schließlich ist es für die meisten Bürgerinnen und Bürger ein traumatisches Erlebnis, wenn die eigenen vier Wände von Einbrechern nach Diebesgut durchwühlt werden. Zumeist ist dann die emotionale Belastung für die Geschädigten größer als der materielle Schaden.

Die Auftaktveranstaltung fand in Schwerin am 7. April statt und wir stießen bei der Bevölkerung auf großes Verständnis. Viele entschlossen sich spontan, bei der Onlinepetition teilzunehmen. In den Gesprächen merkt man ganz klar, was die Bevöl-

kerung erwartet: Mehr Polizei. Denn von bloßen Beschwichtigungen und Ankündigungen lassen sich organisierte Kriminelle nicht abschrecken. Das Einzige, was hilft, ist ein hoher Ermittlungsdruck und eine sichtbare



GdP-Landesvorsitzender
Christian Schumacher

Präsenz der Polizei, vor allem in den Wohngebieten und zu bestimmten Tageszeiten. **Christian Schumacher**



Starke Kampagne der GdP! Die Polizei braucht Verstärkung. Macht mit unter wir-brauchen-verstärkung.info.

Phishing, Ransomware, Underground Economy – willkommen im Netz der unbegrenzten Möglichkeiten. Zumindest für Kriminelle mit Fantasie und dem entsprechenden Know-How. Denn bei allen drei Begriffen handelt es sich um Formen der Internetkriminalität. Die Digitalisierung, von der allerorten die Rede ist, ist längst auch bei jenen angekommen, die Übles im Schilde führen.

Immer stärker verlagern wir unser Leben ins Netz, immer öfter und länger bewegen wir uns im digitalen Raum.

Der Umfang der Internetkriminalität ist schwer zu ermitteln, die Dunkelziffer ist hoch. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

geht in einer Studie von einem jährlichen Gesamtschaden von 3,4 Milliarden Euro aus. Die häufigsten Straftaten im Netz: Phishing, Identitätsbetrug und Angriffe mittels Schadsoftware.

Personalabbau ist auf jeden Fall die falsche Antwort auf die Gefahr, die von Internetkriminalität ausgeht. Um der zunehmenden Kriminalität im Internet Herr zu werden, bräuchte die Polizei deutlich mehr Fachleute mit entsprechender Ausbildung. Denn das Verbrechen im Netz ist international und innovativ, es verändert sich rasant. Ständig werden neue, raffiniertere Methoden entwickelt, um Menschen zu betrügen, Schaden anzurichten und die Straftaten zu verbergen.



GdP und BDK beim Abteilungsleiter Polizei

Nachdem die Kreisgruppen von GdP und BDK im Landeskriminalamt im Dezember des vergangenen Jahres dem Minister für Inneres und Sport schriftlich ihre Vorstellungen zur Personalanhebung innerhalb der Kriminalpolizei offerierten, trafen sich die Vorsitzenden am 30. März 2016 im Ministerium mit dem Leiter der Polizeiabteilung zu einem etwa zweistündigen Gespräch in entspannter und angenehmer Atmosphäre.

Ursprünglich hatten die Gewerkschaftsvertreter die Ideen entwickelt, durch zusätzliche Einstellungen von externen Fachleuten, freiwillige Ver-

längerungen der Lebensarbeitszeit oder weitere Aufstiege in den gehobenen Dienst benötigte Stellen und Planstellen für die Kripo zu gewinnen. Unser Innenminister beantwortete das Schreiben umgehend und teilte erfreut mit, dass ein personeller Mehrbedarf bereits anerkannt worden ist und temporär 100 zusätzliche Planstellen bereitgestellt werden. Auch die Möglichkeit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit wurde, zeitlich befristet bis zum 31. Dezember 2016, für insgesamt 47 Beschäftigte eröffnet. Diese Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation.

Gesprächsangebot

Darüber hinaus sicherte der Minister zu, dass unsere Vorschläge bei der Evaluation des Personalkonzeptes 2010 Berücksichtigung finden werden. Zur Klärung von Einzelfragen bot der Innenminister ein Gespräch mit dem Leiter der Polizeiabteilung im Ministerium an, was die Vertreter von BDK und GdP gerne annahmten.

Bewerberlage

Der Abteilungsleiter stellte zunächst den Stand, die Bewerberlage und die Perspektiven der ausgeschriebenen Stellen für 56 externe Experten für unsere Landespolizei dar und zeigte sich dabei zuversichtlich, für alle oder wenigstens die meisten der Stellen geeignete Bewerber zu finden. Hinzu kommen noch die 44 zusätzlich einzustellenden Bewerber für den mittleren Polizeivollzugsdienst, womit die angebotenen 100 Stellen erklärt sind. Außerdem gibt es noch andere Überlegungen im Innenministerium, um kurz- oder mittelfristig das Personal der Landespolizei aufzustocken zu können.

Beförderungssituation

Im Verlaufe der Unterredung wurden selbstredend noch andere Themen behandelt. So beispielsweise die

übliche Frage nach der aktuellen Beförderungssituation, die Suche weiterer Möglichkeiten der Entbürokratisierung bei Haushaltsbeschaffungsvorgängen oder die Verbesserung der technischen und personellen Ausstattung bei den Spezialkräften und Spezialeinheiten. Diskutiert wurden auch die bevorstehende Einführung der Jahresarbeitskonten und eine Verbesserung des Angebotes der Erschwerniszulagen.

Landespolitik

Der Leiter der Polizeiabteilung verdeutlichte im Gespräch mehrfach, dass die Bedarfe unserer Landespolizei regelmäßig größer sind als im Haushalt zugestanden, die Entscheidung darüber aber immer den Landespolitikern obliegt. Im Sinne aller angesprochenen Themen bleibt auch abzuwarten, wie sich die neue Landesregierung im Herbst dazu positioniert. Daher wurde angeboten, sich zu Beginn des nächsten Jahres zu einer erneuten Runde zusammenzufinden, was die Gewerkschafter dankend annahmten.

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6**

**19053 Schwerin, oder:
– per Fax an: 03 85/20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de
Eure GdP-Landesgeschäftsstelle**

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Juni 2016 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 3. 5. 2016. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



HAMBURGER KREISGRUPPE

Hamburger Kreisgruppe hat einen neuen Vorstand gewählt

Am ersten wärmeren Frühlingstag in diesem Jahr, dem 1. April, trafen sich die Kollegen der Hamburger Kreisgruppe zu einer Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen. Versammlungsort war ein Kleingartenvereinsheim in Langenhorn-Nord.

Unter den Teilnehmern waren aus Schwerin der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher, der stellvertretende Landesvorsitzende Siegmund Brandt und der Vorsitzende des Landeskontrollausschusses, Helmut Westphal, angereist, um uns zu unterstützen.

Bei der sehr gut besuchten Versammlung berichtete Christian Schumacher zunächst über aktuelle gewerkschaftspolitische Themen und lobte noch einmal ausdrücklich die Hamburger Mitglieder für ihre Gewerkschaftstreue.

Rolf Thiel begrüßte die Hamburger Kollegen und unsere Gäste, daneben machte er Ausführungen zu den Zielen der Gewerkschaft und insbesondere der Hamburger Kreisgruppe.

Siegmund Brandt stellte sich anschließend als Versammlungsleiter

für die Durchführung der Wahlen zur Verfügung.

Das Ergebnis der Vorstandswahlen sieht wie folgt aus:

Vorsitzender der Hamburger Kreisgruppe ist Rolf Thiel.

Seine Stellvertreter sind Tanja Köhn und Ralf Meiburg.

Gisbert Weckermann ist Schriftführer und Wilfried Chrobok ist stellvertretender Schriftführer.

Sylvia Silvester ist Kassiererin und Jens Hanisch stellvertretender Kassierer.

Kreisgruppenvertreter im Landeskontrollausschuss ist Wolfgang Petersen.

Rolf Thiel wurde auch zum Mitglied im Landesfachbereich Tarif gewählt, stellvertretendes Mitglied ist dort Hans Haese.

Der „neue“ Kreisgruppenvorsitzende bedankte sich für die Unterstützung der Kollegen aus Schwerin und bei allen Mitgliedern für das Vertrauen in seine Arbeit. Dieser Vorstand wird die gute Arbeit für die Mitglieder der Kreisgruppe Hamburg fortsetzen.

Ralf Meiburg



Postkarten-Erweiterung WIR-BRAUCHEN-VERSTÄRKUNG



**Die Polizei ist am Limit.
Wir brauchen Verstärkung!**

Es geht um Ihre und unsere Sicherheit und deshalb bitten wir: Macht mit!

Unterstützt die Forderung nach mehr Personal bei der Polizei und gebt die Postkarte bei Euren Landtags- und Bundestagsabgeordneten ab.

Selbstverständlich wird auch Euer Kreisgruppenvorsitzende/r die Postkarte entgegennehmen und sie weiterleiten.



PI Schwerin eine Personalpolitik – Chaos ohne Ende

Unlängst sagte mir mal ein Vorgesetzter (in exorbitanter Führungsposition), was nützt es wem, wenn Du Deine Meinung so kritisch anbringst. Sicherlich hat auch ein Stück gemeint, diese kritische Äußerung kann für Dich nicht immer von Vorteil sein. Dieses Argument haben sich wohl viele Vorgesetzte auf die Fahne geschrieben, damit sie den „Pöbel“ in deren Kritik immer schön niederringen. Jedoch wenn man sich umschaute, wie mit den Kollegen/-innen umgegangen wird, dann kann man als Gewerkschafter nicht tatenlos zusehen.

So haben wir in den letzten zehn Jahren nur noch Finanzpolitik und keine Personalpolitik gemacht. Personalabbau, koste es was es solle. Nein, man muss sagen, Einsparungen ohne Rücksicht auf die schon vorhandenen Personalverluste. Hier kann ich noch einen draufsetzen, es kümmert sich keiner um die Belange des „kleinen“ Polizeibeamten oder Mitarbeiter. Jeder Behördenleiter oder PI-L scharft die jungen dynamischen Beamten/-innen um sich und selbst wenn auch hierdurch die Schichten bis zu 50% ausgedünnt werden sollen, dies ist dem oben genannten Personenkreis sowieso „Scheißegal“. Das ein/e Kollege/-in jetzt schon nicht weiß, wie er/sie die anstehenden Aufgaben erfüllen kann und soll, auch dies interessiert überhaupt niemanden. Fehlt jedoch ein Mitarbeiter in der Führungsgruppe, dann erfolgt sofort eine Nachbesetzung. Fehlt ein Mitarbeiter in der Schicht oder im Sachbereich und dies über Jahre, dann muss dies durch die anwesenden Beamten ausgeglichen werden. Wir bewegen uns in eine Richtung, in der die noch gesunden Mitarbeiter zu Burn-out-Patienten verdonnert werden.

Da haben wir uns über einen längeren Zeitraum Gedanken gemacht, wie man die Sachbearbeitung in den KK's bewerten und unter einer Kennziffer der Vorgangsbelastung zusammenfassen kann. Diese Vorschläge wurden dem Präsidenten vorgelegt und die Varianten X oder Y wurden durch die Kommission für gut befunden. Hierdurch wären die Einschnitte für den Personalansatz der KK nicht so hart gewesen und man hätte die Übergangszeiten bis zur nächsten Pensionierungswelle besser überbrücken können. Wie gesagt, es stand zu Wahl X oder Y. Jedoch passten diese Vorschläge nicht ins Finanzdiktat der Finanzministerin und insofern hat dann Mr. Präsident die Variante Z genommen. Damit wurden die Vorgaben des Finanzministers erfüllt.

Hierüber wurde demzufolge völlig alleine entschieden. Ich denke, gelebte Demokratie, oder?

Viele Beamten/-innen sind verunsichert, unterliegen dem Diktat der Meinung des Vorgesetzten. Klartext, es wird gefordert, dass Polizei abgebaut werden soll. Die politischen Parteien, ob schwarz, rot oder grün, tönen jeden Tag, wir brauchen mehr Polizei, mehr Polizei. Dieses Echo kommt an der Basis gar nicht mehr an. Denn hier regiert nicht der Innenminister, sondern der Finanzminister, und der weiß bekanntlich alles besser.

Derzeit befinden wir uns im KK Schwerin in einer Situation, dass 30 Beamte die Arbeit für 30 Beamte organisieren. Wir müssen also die über 9000 Straftaten durch die 30 Beamten teilen, denn mehr Endsachbearbeiter haben wir nicht. Dazu werden wir durch langfristige Abordnungen und Krankenschreibungen geplagt. Hier folgt immer das Totschlagargument, hiermit kämpfen andere Dienststellen auch. Nur hilft uns dies nicht weiter. Als Sachbearbeiter werden wir immer mehr alleine gelassen und Offerten für eine Verbesserung dieser Situation sind nicht in Sicht. Ein Beispiel: Wir haben Probleme mit Jugendkriminalität. Im KK Schwerin wurden aus drei Jugendsachbearbeitern nur noch eine halbe Stelle gemacht. Wir haben einen Zuwachs in der Ausländerkriminalität. Den einzigen Sachbearbeiter für diese Problematik hat man wegrationalisiert. Die Sachbearbeiter für Intensivtäter hat man abgeschafft. Aus zwei Sachgebieten hat man ein Sachgebiet gemacht. Wir waren mal 14 Mitarbeiter, jetzt sind davon nur noch sieben Mitarbeiter übrig geblieben und in diesem Sachgebiet werden alle Verkehrsstraftaten, Drogendelikte, Ausländerstraftaten, Waffendelikte, Jugenddelikte, Umweltkriminalität u. v. m. bearbeitet. In den anderen Sachgebieten sieht es ähnlich und noch schlimmer aus.

Und jetzt will mir noch jemand erzählen, wir tun alles für die Polizei. Man stelle sich nur vor, eine örtliche Freiwillige Feuerwehr, die in einem Jahr weniger Einsätze hat, wird personell reduziert oder gar abgeschafft. Dies wäre doch paradox.

Abschließend sei nur „nebenbei“ bemerkt. Unsere Oberen orientieren sich immer an Vorgangs- und Mitarbeiterzahlen, über die Qualität der Polizeiarbeit wird kaum oder eher selten gesprochen.

Schönen Dank auch.

Klaus-Dieter Bruns, KK Schwerin

GESCHÄFTSSTELLE

NEUE Bankverbindung

Die Bankverbindung der GdP M-V hat sich geändert. Unsere neue Bankverbindung bei der Commerzbank lautet:

IBAN: DE43 3004 0000 0632 1210 00
und die **BIC: COBADEFFXXX**

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.

www.facebook.com/gdp.mv



GdP-RECHTSSCHUTZ

Ein Abbruch von Ausschreibungs- und Auswahlverfahren ist an eng begrenzte Voraussetzungen gebunden

– Verwaltungsgericht Greifswald schiebt geübter Verwaltungspraxis Riegel vor –

Der GdP-Rechtsschutz ist und bleibt einer der wichtigsten (neben vielen anderen) Leistungen, auf die unsere Mitglieder einen verbrieften Anspruch haben. Und das auch in scheinbar schwierigen Situationen. Viele Mitarbeiter der Landespolizei M-V kennen die über Jahre praktizierte und geübte Verwaltungspraxis: zunächst werden Stellen ausgeschrieben und Auswahlverfahren sogar teilweise begonnen und plötzlich, und meist nicht nachvollziehbar, werden diese Verfahren unter einer scheinheiligen Begründung abgebrochen.

Mit dieser Verwaltungspraxis wollte sich ein Mitarbeiter nicht abfinden, der sich auf eine Ausschreibung beworben hatte, die dann abgebrochen wurde. Mithilfe des bewährten GdP-Rechtsschutzes hat unser Kollege erfolgreich vor dem Verwaltungsgericht Greifswald geklagt.

Das Verwaltungsgericht Greifswald hat im Ergebnis der mündlichen Verhandlung festgestellt, dass der Abbruch des Auswahlverfahrens rechtswidrig war und den Kläger in seinen Rechten verletzt. Unser Kollege hat Anspruch auf Durchführung des Verfahrens.

„Der sogenannte Bewerbungsverfahrensanspruch wird dann verletzt, mit der Folge, dass der Bewerber einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch auf Durchführung bzw. Fortsetzung des Auswahlverfahrens hat, wenn das Auswahlverfahren vorher durch den Dienstherrn aus Gründen abgebrochen wurde, die von Art. 33 Abs. 2 GG nicht gedeckt sind“, sodas Verwaltungsgericht Greifswald.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes kann der Dienstherr ein Verfahren nur abbrechen,

- wenn er die Stelle neu zuschneiden will,
- wenn er die Stelle nicht mehr besetzen will,
- wenn kein Bewerber den Anforderungen entspricht oder,
- wenn das Stellenbesetzungsverfahren fehlerbehaftet ist.

In formeller Hinsicht müssen die Bewerber von dem Abbruch rechtzeitig und in geeigneter Weise Kenntnis erlangen können. Der Dienstherr muss unmissverständlich zum Ausdruck bringen, dass er das Stellenbesetzungsverfahren ohne Stellenbeset-



zung endgültig beenden will. Der maßgebliche Grund muss schriftlich dokumentiert werden.

Ein unsachlicher Grund für einen Abbruch ist z. B., wenn das Ziel verfolgt wird, einen unerwünschten Kandidaten aus leistungsfremden Erwägungen vom weiteren Auswahlverfahren auszuschließen oder einen bestimmten Bewerber zu bevorzugen.

Da in dem streitgegenständlichen Verfahren die Voraussetzungen für einen Abbruch nicht vorlagen, hat das Verwaltungsgericht Greifswald im Sinne unseres Kollegen entschieden.

Recht haben und Recht bekommen sind in unserer Gesellschaft, wie das Sprichwort so schön beschreibt, zwei Paar verschiedene Schuhe.

Gut zu wissen, dass sich unsere GdP-Mitglieder auf die Rechtsschutz-zusage zu jeder Zeit und völlig unkompliziert verlassen und auf kom-

petente Rechtsanwälte und Disziplinarverteidiger zurückgreifen können.

Bei Rückfragen steht euch Kollege Jörn Liebig, Tel.: 03 85/5 88 20 99 oder 01 76/80 33 71 74, zur Verfügung.

**Jörn Liebig,
Mitglied des Landesvorstandes
und Verantwortlicher für
Rechtsschutzangelegenheiten**



Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zur Pensionsberechnung aus dem letzten Amt

Den meisten Lesern der Deutschen Polizei dürfte bekannt sein, dass sich die Höhe der Beamtenpension nach dem zuletzt ausgeübten Amt richtet, wenn der Beamte/die Beamtin dieses Amt beim Eintritt in den Ruhestand schon mindestens zwei Jahre innehatte.

Es gibt aber immer wieder, auch in Mecklenburg-Vorpommern, häufig die Konstellation, dass Kollegen schon deutlich länger als die letzten zwei Jahre auf einem Dienstposten verwendet werden, aber leider erst z. B. ein Jahr vor der Pensionierung befördert werden.

In dem vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verhandelten Fall wurden die Kläger erst ein halbes bzw. eineinhalb Jahre vor ihrer Pensionierung befördert, hatten die höherwertigen Aufgaben aber schon deutlich länger als zwei Jahre vor ihrer Pensionierung wahrgenommen.

Die Kläger strebten ihre Versorgung aus dem letzten Amt an.

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 17. März 2016 entschieden, dass



KG NW-MECKLENBURG

Glückwunsch



Maria Arndt und Uwe Burmeister gratulierten im PR Gadebusch dem Kriminaltechniker Volker Urban zu seinem 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum.

in solchen Fällen kein Verstoß gegen das Grundgesetz vorliegt und es nicht zu beanstanden ist, dass die Beamtenpension lediglich aus dem vorletzten Amt berechnet wird.

Eine gelebte langfristige Personalplanung im Sinne unserer Mitarbeiter

ist in unseren zuständigen Polizeidienststellen wichtiger denn je. Wir als gewählte GdP-Vertreter in den Personalvertretungen sollten und müssen auf solche Konstellationen immer ein wachsames Auge haben

Jörn Liebig

LÄNDERWECHSEL

HH – M-V

Beamtin, Dienstgrad PKin, Besoldung A 9 g. D., Besoldungsstufe 6, aus Hamburg (MA an einem PK) sucht Tauschpartner/-in in Mecklenburg-Vorpommern (egal). Ringtausch ist möglich. Kontaktadresse: anka-lue@web.de, Handy: 01 62/7 67 58 00

NRW – M-V

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich suche eine/n Tauschpartner/

-inn zum Länderwechsel zwischen NRW und MV. Ich bin Polizeikommissarin in NRW und versehe zurzeit meinen Dienst in der Einsatzhundertschaft in Wuppertal. Aus persönlichen Gründen möchte ich zurück in mein Heimatbundesland wechseln. Bei Interesse oder Nachfragen würde ich mich über eine Meldung sehr freuen. Mein Tauschgesuch habe ich beim Land NRW bereits eingereicht. Ein Ringtausch wäre ebenfalls möglich.

Kontaktadresse:
Handy: 01 62/2 12 82 86,
katjaberghoff@icloud.com



KREISGRUPPE NEUBRANDENBURG – SENIORENVORSTAND

Das Bild der Kriminalitätslage und -entwicklung in Deutschland

– Die 7. Auflage unseres „Zweiten Frühstück und Paragrafen“ –

An den fein gedeckten Tischen im Schloss Bredenfelde wurde lecker gefrühstückt und sich lebhaft unterhalten: 41 Teilnehmer sind der Einladung zur traditionellen Seniorenveranstaltung der Kreisgruppe Neubrandenburg im März gefolgt. Herzlich begrüßt wurden sie durch die Seniorenbeisitzerin des Kreisgruppenvorstandes Renate Randel.



In einem einstündigen Vortrag zum Thema informierte der Bundesjustiztitar der GdP, Sascha Braun über Schwerpunkte der Kriminalitätslage in Deutschland. Bei der Darstellung der Deliktarten fiel insbesondere das Ansteigen der Diebstahlsdelikte mit Schwerpunkt Wohnungsdiebstahl und die Entwicklung der Drogenkriminalität mit dem Schwerpunkt der Konsumentendelikte ins Auge. Besorgniserregend sind besonders die Widerstandsdelikte gegen Polizei und Rettungskräfte. Die GdP sieht eine der Lage angepasste Vorratsdatenspeicherung als wichtig an, um den Untersuchungsorganen eine effizientere Verfolgung schwerer Straftaten zu ermöglichen.

Notwendigkeit von Mindeststandards

Darauf aufbauend gab KHK Detlef Bönisch von der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle der PI Neubrandenburg Infos zur Kriminalstatistik in unserem Landkreis. Anhand praktischer Vorführungen demonstrierte er die Notwendigkeit von Mindeststandards für eine effektive Sicherung von Haus und Wohnung. Hinweise zum sicheren Umgang mit Geld, Kreditkarten und Ausweispapieren, nicht nur im Urlaub, vervollständigten seine Ausführungen. Auch wenn das alles schon von Berufs wegen für die Senioren nicht neu war, so konnte doch

jeder davon profitieren. Eine Mappe mit entsprechenden Informationsmaterialien hatte KHK Bönisch für die Kolleginnen und Kollegen bereit.

Versicherungsschutz

„Manches im Leben ist nicht zu ersetzen – für alles andere haben Sie uns“ – unter diesem Motto verwies Kollege Silvio Plötz, langjähriger Begleiter dieser Themenreihe, auf entsprechende Versicherungsschutzmöglichkeiten der SIGNAL IDUNA. Mit seinen Ausführungen und dem zur Verfügung gestellten Informationsmaterial rundete er das Thema ab.

Neben den Referenten nahmen Christian Schumacher, unser GdP-

Landesvorsitzender, und auch der Direktionsbevollmächtigte der SIGNAL-IDUNA-Gruppe, Bernd Meyer, an der Veranstaltung teil.

Letzterem an dieser Stelle nochmals ein herzliches Dankeschön für seine von Anbeginn begleitende Unterstützung der Seniorengruppe.

Für seinen bevorstehenden Ruhestand wünschen wir ihm herzlichst alles Gute.

Allen Referenten noch einmal ein herzliches „Danke“ für ihre Unterstützung. Mit Blick auf die nächste Seniorenveranstaltung im Mai verabschiedeten sich die Seniorinnen und Senioren – es war schön, sich wieder einmal getroffen zu haben.

**Renate Randel,
Beisitzerin für Senioren**



„Ja“

„Ja, ich möchte den Mitgliederbereich des GdP-Webportals nutzen!“

„Die Freischaltung“

Landesbezirk/Bezirk:

Mecklenburg-Vorpommern

Mitglieds-Nr.:

Name:

Straße, Nr.:

PLZ:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

Ort/Datum:

Unterschrift:

Organisations- und Service-
Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei

– EDV-Abteilung –

Forststr. 3a

40721 Hilden

Datenschutz-Einwilligungserklärung für GdP-Internetauftritte

1. Vorbemerkung

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) besteht im Internet unter der Internet-Adresse www.gdp.de eine eigene Homepage. Im Interesse der Darstellung der Ziele und Zwecke der GdP und einer damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit, um neue Mitglieder zu gewinnen, Mitglieder zu informieren und ihnen die Kommunikation mit der GdP und deren Mitgliedern über das Internet zu ermöglichen, werden nachfolgend aufgeführte, geschützte, personenbezogene Daten und Informationen im Einvernehmen mit dem Einwilligenden (Unterzeichner) eingestellt.

2. Allgemeine Bemerkungen

Wir möchten Sie darüber informieren, dass die im Zusammenhang mit Ihrer GdP-Mitgliedschaft erfassten Daten auch zur Überprüfung des Fortbestandes der Mitgliedschaft genutzt werden, sowie zur Prüfung von Zugangsvoraussetzungen für die geschlossenen Nutzerbereiche der Mitglieder. Die von Ihnen abgegebene Einwilligungserklärung erstreckt sich auch auf die Tatsache Ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit.

Die Daten werden über den Sachbearbeiter des für Sie zuständigen Bezirks/Landesbezirks zentral gespeichert. Die angegebenen Telefon-Nummern dienen ggf. auch dazu, Mobile Dienste anzubieten (z. B. SMS-Info-Dienste). Die angegebene E-Mail-Adresse wird ebenfalls für Informationsdienste genutzt (z. B. für den Newsletter-Versand). Die gespeicherten Daten werden zudem für Meinungsumfragen und für Informationsschreiben genutzt (per Post und per E-Mail/Internet).

Ihre Daten sind für andere Mitglieder nicht generell einsehbar. Bei der Teilnahme an Diskussionsforen werden für andere Mitglieder die von Ihnen erhobenen Daten ersichtlich, soweit dies zu Ihrer Identifikation erforderlich ist (Name, Mitglieds-Nr.).

Die über Sie gespeicherten Daten können von Ihnen jederzeit unter Ihrem persönlichen Profil eingesehen werden. Informationen, die im Zusammenhang mit Ihrer GdP-Mitgliedschaft stehen und der Verwaltung der Mitgliedschaft dienen, werden an diesem Ort nicht angezeigt. Die für Sie sichtbaren Daten können durch Sie jederzeit geändert werden.

Folgende Felder können zwecks Änderungsanzeige von Ihnen ergänzt und uns übergeben werden: Anrede, Name, Wohnort, Zeitungsbezug, Bankleitzahl/Konto-Nr., Telefon dienstl./privat, Telefon mobil, SMS ja/nein, Fax dienstl./privat, E-Mail dienstl./privat, Newsletter ja/nein.

Informiert werden Sie über die Feldinhalte: Kreis-/Bezirksgruppen-Nr., Geburtsdatum, Status, Sparte, Mitgliedermerkmal 1, 2 und 3. Sollten Sie hier fehlerhafte Einträge feststellen, teilen Sie uns dies bitte im Feld Bemerkung mit.

3. Bemerkungen zur Einwilligungserklärung. Die Einwilligungserklärung gilt – bis auf Widerruf – auch für jene Daten, die im Rahmen der Mitteilung von Änderungswünschen gespeichert wurden.

Ausreichende Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes wurden getroffen. Dennoch kann bei der Veröffentlichung/Nutzung von personenbezogenen Daten im Internet ein umfassender Datenschutz nicht garantiert werden. Die/der Unterzeichner/in ist über die Risiken einer eventuellen Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte hiermit informiert.

4. Einwilligungserklärung für personenbezogene Daten im Internet. In Kenntnis der vorgenannten Informationen erklärt der/die Unterzeichner/in seine/ihre Einwilligung zur Veröffentlichung bzw. Nutzung der genannten Daten im Internet. Die Einwilligung kann jederzeit gegenüber dem Vertretungsberechtigten Vorstand der GdP bzw. der Geschäftsführung der beauftragten Organisations- und Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH (OSG), schriftlich, ohne Angabe von Gründen, widerrufen werden.

Der/die Unterzeichner/in wird, soweit erforderlich, über das Internet den für die Mitgliederverwaltung zuständigen Vorstand bzw. den benannten Ansprechpartner über personenbezogene Änderungen im Hinblick auf die Aktualität des Internetauftritts informieren.

Ich erkläre hiermit meine Zustimmung zur Veröffentlichung genannter Daten, dies in Kenntnis über den jederzeit möglichen Widerruf der Zustimmung zur Berücksichtigung der Daten auf der Internetseite der GdP zu den unter 1. genannten Zwecken.

Nach Eingang und Bearbeitung Ihres Original-Antrages (kein Fax oder E-Mail) übersenden wir Ihnen per Post Ihren Benutzernamen und Ihr Passwort.

Sie können dann sofort den GdP-Mitgliederbereich nutzen.

